

Sächsische Zeitung*

SZ-ONLINE.DE

Lehrerstreik

„Sonst stimmen die Lehrer mit den Füßen ab“

Die Bildungsgewerkschaft GEW sieht die Schulen in Not – und macht sich für ein Sofortprogramm stark. Sie ruft die Regierung zum Handeln auf - und kündigt Warnstreiks an.

Von Carola Lauterbach

10



Die Lehrer sollen ab 10.30 Uhr beziehungsweise ab der vierten Unterrichtsstunde die Arbeit niederlegen.

© André Wirsig

Dresden. Uschi Kruse ist keine Krawall-Gewerkschafterin. Die Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) ist rhetorisch top, sie spricht geschliffene Sätze – und die haben es zumeist in sich. Ihren Appell „Schulen in Not“ als altbekannte Gewerkschaftslyrik abzutun, wäre daher ein Fehler. Zumal die GEW in diesem Papier die sächsischen Schüler und deren individuellen Anspruch auf beste Bildung in den Mittelpunkt stellt. Doch die Umsetzung dieses Anspruchs sei „in unserem Bundesland akut gefährdet“, weil es der Regierung immer weniger gelinge, qualifizierte junge Lehrkräfte für den Schuldienst in Sachsen zu begeistern.

Doch genau darum müsse es gehen. Denn laut jüngster Bevölkerungsprognose des Landesamtes für Statistik steigen die Schülerzahlen ja in viel größerem Maße als bislang angenommen, und die Zahl der aus dem Dienst scheidenden Lehrer wachse ebenfalls. Bei den Geburtsjahrgängen ab 1955 betreffe das jährlich um die 1 150 Lehrer, beim Jahrgang 1961 sogar 1 430. Sie zu ersetzen und auf den Schüleranstieg zu reagieren heiße, künftig jährlich um die 1 500 neue Lehrer einzustellen.

Nur ein schmales Zeitfenster

Allein, die müsse man auch bekommen. Sachsen sei eben leider kein Land, das durch attraktive Bedingungen für Lehrer aufgefallen sei. Und man müsse den Eindruck gewinnen, so solle es bleiben. So kämpft die Gewerkschaft seit Jahren für eine tarifliche Regelung zur Eingruppierung der Lehrer, wie es in anderen Ländern mit angestellten Lehrern üblich ist. Doch auch die jüngste Aufforderung zu Verhandlungen darüber habe der Finanzminister Anfang Mai abgelehnt, sagt Kruse. Und die Kultusministerin habe keine Zusagen über Altersermäßigungen in der Unterrichtsverpflichtung über das neue Schuljahr hinaus machen wollen.

Links zum Thema

- [Streit um längeres gemeinsames Lernen](#)
- [Schulgesetz – zum Zweiten](#)

Doch das könnte sich für Sachsen als Menetekel erweisen. Laut einer Befragung der GEW-Mitglieder, an der sich 1 300 Lehrer beteiligten, haben aus der Gruppe der über 35 Jahre im Schuldienst Stehenden 49 Prozent ihre Arbeit als sehr belastend und 46 Prozent als belastend eingeschätzt. Dennoch kann Sachsen auf sie nicht verzichten. „Man muss dafür Sorge tragen, dass die Lehrkräfte, die man hat, so lange wie möglich im Dienst bleiben.“ Wenn diese Lehrer indes kein Zeichen sehen, dass man sie ernst nimmt, wertschätzt und auf sie zugeht, „werden sie mit den Füßen abstimmen“, befürchtet Kruse. Derzeit würde bereits gut ein Drittel der Kollegen die Rente mit 63 in Anspruch nehmen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es unter den beschriebenen Bedingungen weit mehr täten, sei sehr hoch. Die Lücken, die zu füllen seien, würden damit noch größer.

Die gegenüber anderen Ländern unattraktiveren Einkommensbedingungen sind laut Kruse auch nicht geeignet, junge und gut ausgebildete Lehrer hier zu halten bzw. zu holen. Allein gegenüber den beiden Nachbarländern Sachsen-Anhalt und Thüringen müsse sich Sachsen „hinten anstellen“. Dort gebe es etwa eine geringere Pflichtstundenzahl für Lehrer bzw. habe man früh auf Verbeamtung gesetzt. Während hierzulande 2015 laut einer Statistik der Kultusministerkonferenz (KMK) 4,9 Prozent Neueinstellungen erfolgten, seien die Nachbarländer verhaltener gewesen. Darauf zu bauen, so werde es bleiben, wäre fatal– ein Blick in den Koalitionsvertrag in Sachsen-Anhalt genüge. Kruse: „Ich sehe für Sachsen ein Zeitfenster von einem Dreivierteljahr, um aktiv zu handeln.“

Dringenden Handlungsbedarf gebe es auch hinsichtlich der immer größer werdenden Zahl an Seiteneinsteigern an Sachsens Schulen. Ebenfalls unter Berufung auf KMK-Papiere stünde Sachsen bei deren Einstellung auf Platz 2 nach Berlin. Ihr Einsatz sei umstritten, dennoch

„sehen auch wir, dass es nicht ohne sie gehen wird“, sagt Uschi Kruse. Um ihnen die Chance zu bieten, in ihrem neuen Beruf auch erfolgreich sein zu können, plädiert die GEW für eine Art Vorbereitungsdienst für Seiteneinsteiger – bei angemessener Vergütung. Festgeschrieben hat die Gewerkschaft das alles in einem Sofortprogramm.

1. *uh* 23.05.2016, 10:42 Uhr

Nun sind die Auswirkungen der verfehlten Bildungspolitik zu spüren. Für alles ist genügend Geld da (SachsenLB usw.), aber für die entsprechenden Rahmenbedingungen guter Bildung scheitert es schon an wenigen Euro. Damit ist zu erkenne welchen Stellenwert die Bildung in der Politik und Gesellschaft hat. Von jeder Seite nur Gerede. Lehrer, Schüler, Eltern und alle die etwas mit Bildung zutun haben müssten jede Woche mindestens 2mal auf die Strasse gehen und ihre Forderungen dieser Landesregierung mitteilen. Es muss für einige mal richtig " weh" tun , damit etwas passiert, ich denke an die ständigen Streiks und Demos der Erzieher und anderer Berufsgruppen, die damit etwas erreicht haben. Das "neue"Schulgesetz ist doch nur eine kosmetische Überarbeitung und sonst nichts weiter. Also Gewerkschaften und Verbände macht was!

2. *Elternsprecher* 23.05.2016, 11:00 Uhr

Bildung und Sachsen, vermutlich stehen beide auf Kriegsfuß. Zum Mangel an Lehrern gesellt sich leider das Problem, dass die noch bestehenden Lehrer kaum noch Land sehen. Allerdings hat man auch das Gefühl, dass der Lehrermangel zugleich Arbeitsplatzgarantie für mangelhafte Lehrer ist! Wenn Schulen aus Not an Lehrkräften an jedem Lehrer festhalten, der nur "irgendwie irgendwas" unterrichtet und es in einem Schulhalbjahr zu unzählig vielen Beschwerden bis zum Schulamt schafft und sich dennoch kaum Konsequenzen ergeben, dann sind mir motivierte Quereinsteiger fast lieber.

3. *drops* 23.05.2016, 11:13 Uhr

Wut! Über das seit Jahren laufende Verdrängen, Abwiegeln, Kleinreden eines bereits lange vorhersehbaren und inzwischen offensichtlichen Problems. Den Traum, dass für Lehramtsanwärter eventuell mal eine Art Eignungstest VOR Studienbeginn eingeführt würde (bei manchen Lehrkräften hätte man sich das sehr gewünscht), braucht man unter diesen Umständen nicht weiterträumen. Tillichs Resterampe wird alles aufsaugen, was hier und in anderen Ländern an Absolventen übrig bleibt. Träumt weiter von Sachsens Gloria - wer genau hinsieht, stellt fest, dass hier wie andernorts auch nur mit Wasser gekocht wird, hier neuerdings unter Weglassen des Wassers. Ich möchte gern mal den Personenkreis namentlich in der Zeitung lesen, der für solche folgenschweren Entscheidungen wie bei den genannten Schulfragen verantwortlich ist bzw. in der Vergangenheit war - wie geht es denen eigentlich so?!

4. *Statistiker* 23.05.2016, 11:23 Uhr

Die Fehler wurden vor ca. 10 Jahren gemacht. Ich habe damals eine Statistik gesehen und diskutiert: man hat die Rückgänge der Schülerzahlen aus den Geburtsjahrgängen 1990-1995 gegenüber den Jahrgängen 1985-1989 einfach linear fortgeführt. Und das, obwohl in den Grundschulen schon ein Anstieg der Schülerzahlen vorlag. Und obwohl die Kinder bis zum Jahrgang 2005 schon geboren waren! Mit entsprechenden Schülerprognosen sind die Lehrer eingestellt (bzw. eben nicht eingestellt) und die Schulen geschlossen worden. Dabei ist die Neueinstellung von Lehrern noch das kleinere Problem. Geschlossenen und ggf. sogar verkaufte Schulen kriegt man nicht wieder auf. Dafür werden in Dresden neue gebaut; in den ländlichen Regionen ist dafür kein Geld da; dort stapeln sich die Schüler.

5. *Felix* 23.05.2016, 12:04 Uhr

Naja, ob es immer negativ ist, wenn Quereinsteiger als Lehrer eingestellt werden. Es offenbart zwar eine verheerende Bildungspolitik, aber für die Schüler kann es manchmal gut sein: Ich kenne einige Quereinsteiger, die besser als ausgebildete Lehrer waren. Ansonsten ist es verständlich: Die meisten Lehrer wollen an das Gymnasium (bessere Bezahlung und weniger soziale Probleme) - da bleiben von den wenigen Lehrern nicht mehr viel übrig für die anderen Schularten.

1. *RU* 23.05.2016, 12:13 Uhr

Die jahrzehntelange Blindheit und das unglaubliche Unvermögen der sächsischen Regierungen auf diesem Gebiet, trotz aller frühzeitigen Hinweise, Warnungen und Streiks, tragen erheblich zum Frust großer Teile der Bevölkerung bei und lassen auch grundsätzlich an den Fähigkeiten des bestehenden Systems zweifeln. MP Tillich sollte endlich eine klare und ehrliche Lageeinschätzung abgeben und vortragen, wie solches VERSAGEN zukünftig vermieden werden soll.

2. *Winfried* 23.05.2016, 14:23 Uhr

Die Gewerkschaft hat doch mit ihrer Politik in den 1990er Jahren maßgeblich zu der aktuellen Situation beigetragen. Damals wurden kaum junge Lehrer eingestellt, um die angestellten Lehrer vor Arbeitsmangel/ Stellenabbau zu schützen!! Jetzt tut die selbe Gewerkschaft so, als könne sie allein die Lösung. Warnstreik verbessert sicher nicht die Qualität der Lehre!

3. *Howil* 23.05.2016, 17:36 Uhr

@Winfried: Hätte man vor 25 die Lehrer alle entlassen sollen? Wen hätte es getroffen? Die damals 25- bis 35-jährigen, also die jungen Lehrer? Nur zur Erinnerung: ca. 10000 Kollegen wurden aus den verschiedensten - meist politischen - Gründen entlassen. Darüber hinaus gehende Kündigungen hätten eine Sozialauswahl erfordert. Aber auch damals gab es schon ein Arbeitsrecht, und an die unzähligen Prozesse, die Kultus mit den Betroffenen geführt hat, mögen sich nur Wenige erinnern. Das Problem liegt auf einer anderen Ebene: 2005 haben die Lehrer auf Einkommen verzichtet und damit eigentlich der Landesregierung die Möglichkeit gegeben, den damals noch sich in weiter Ferne befindenden Lehrermangel von heute offensiv zu begegnen. Hat man an verantwortlicher Stelle nicht getan. Das Dogma der "schwarzen Null" hat alles andere verdrängt.

4. *Michael Schober* 23.05.2016, 19:03 Uhr

Als ausgebildeter Physik/Mathematiklehrer ist man einfach unterbezahlt, bei naturwissenschaftlicher Begabung verdient man überall mehr. Ich würde ja gern 2 Tage die Woche nochmal als Lehrer halbtags arbeiten, für 1000netto/Monat lächerlich...

5. *Claudia Männich* 23.05.2016, 20:26 Uhr

@Winfried: Nicht die GEW macht in Sachsen Bildungspolitik, sondern die CDU, die dafür seit 1990 verantwortlich ist!